

Volks-Zeitung

Gesamtdirektor: Otto Wustke, Berlin-Schöneberg

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

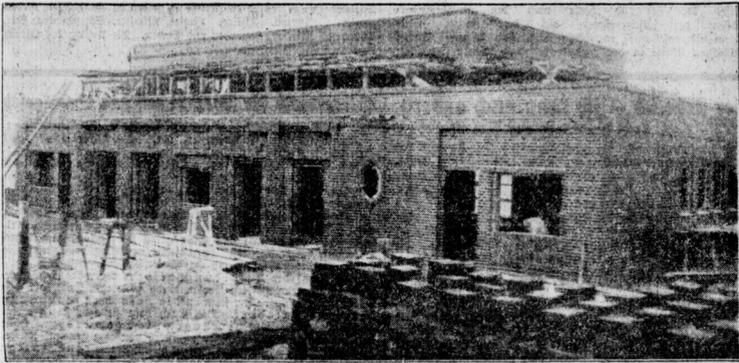
Feinheitsbrot	0,56	Lebenshaltungsgüter	150,2
Milch	0,34	Straßenbahn	0,20
Freihaus	1,50	Hochbahn	0,20
Gas o. Kohlen	12,28, 2,32	Stadtbahn II	0,25, 1,11, 0,15
Strom o. Grundgeb.	0,16	Ombibus	0,20
Gas o. Wasser	0,13	Nachtszuschlag	0,20

Zufuhr in Schlachtvieh normal	Preise wie bisher
Rindfleisch 0,96-1,10, do. ohne Knochen 1,15-1,40, Kalbfleisch 1,00-1,20, Hirschefleisch 1,90 bis 1,30, Schweinefleisch 0,85-1,20, Geflügelfleisch 0,70-0,90, Rindfleisch 0,85 bis 1,00, Schweinefleisch 0,80-0,90, Butter 1,30-1,20, Margarine 0,60 bis 0,60, Kartoffeln 10 Pfund 0,55-0,50	

Druck und Verlag: Rudolf Woffe, Berlin

Fei. 0,10, ausw. u. Zeit. Fei. 0,10, Wort Berlin 0,08	
Rob. 0,10, F. u. Ost. 0,08, (deut.) 0,15, Danz. Lit. 0,15	
Postk. 0,05, F. u. Ost. 0,08, (deut.) 0,15, Techsch. 0,15	
A. u. l. 0,15, Techsch. u. Ung. 0,15, Ung. 0,21, Noll. Schweiz. Belg.	
B. r. 0,10, Pers. u. Ost. 0,10, 1,11, Schw. Dan. 0,18, Norw.	
Ausl. 0,25, Techsch. u. Ung. 0,25, 1,11, Ital. 0,24, Grossbr. 0,27	

Schafft die Landtage ab!



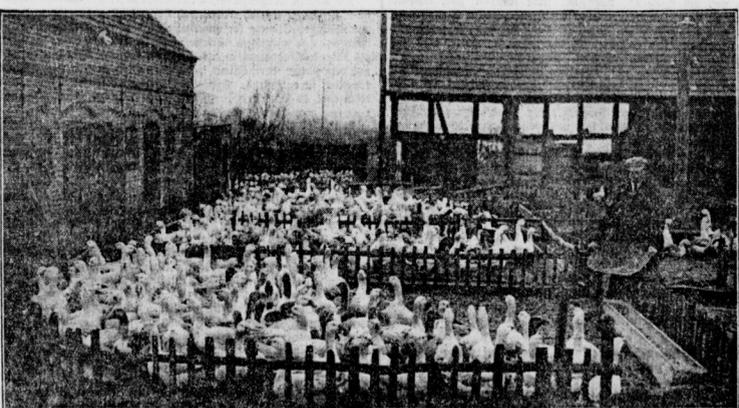
Der neue Stadtbahnhof auf dem Messegelände in Witzleben



Marinkowitsch und Briand, die Unterzeichner des französisch-jugoslawischen Vertrages



„Weh dem, der lügt“! Schillertheater Leopold v. Ledebour als Graf Kattwald



Unsere Weihnachtsgans wird gemästet Eine Geflügelkürerei in Oderbruch

Roche Forderung

Der demokratische Parteiführer im braunschweigischen Wahlkampf

Braunschweig, 12. November.

Die Deutsche demokratische Partei in Braunschweig eröffnete den Landtagswahlkampf mit einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung, in der der Parteivorstand sich über das Thema „Nationale oder nationalistische Politik?“ sprach. Der Redner ging zunächst auf die Frage ein, ob die Deutsche demokratische Partei im Reich ein und bezüglich sie mit ihrem Verhalten in der Opposition und mit ihren früheren Auftritten: „wenn wir erst mal in der Regierung sitzen...“ Die deutschnationalen Wähler hätten meist die Wiedererrichtung der Monarchie erhofft, dabei hätten die Deutschnationalen der Verlängerung des Reiches zum Schutze der Republik zugestimmt. Weiter hätten die Wähler auf eine parlamentarische Verfassung hingearbeitet, davon habe man aber nichts gemacht. Schließlich habe man nun auf eine besonders hohe Aufwertung gehofft — und in allem täten sich heute die deutschnationalen Wähler betrogen. Nur die Großagrarier und die Schwerindustrie seien zufrieden. Ausgehend von der heranwachsenden Reichsfinanzschwäche begäbe sich jetzt auch die Rechte mit dem Gedankenspielen des Einheitsstaates zu befassen. Mit der Parlammentsspielerei, mit 100 Ministern und über 2000 Abgeordneten in Deutschland müßte schließlich ein Schluß gemacht werden. Uebersiehend zum Reichsfinanzgesetz warnte Roche die Deutsche Volkspartei vor der jetzt gemachten Konzeption, die Einheitsstaaten in Baden und Hessen vorzuziehen zu lassen und sonst alle deutschen Schulen zu schließen.

Die Länder streben ab

Kemmel für den Einheitsstaat

Karlsruhe, 12. November.

Der badische Minister des Innern Dr. Kemmel äußerte sich zur Frage des Einheitsstaates im Reichstages „Reichstagsreden“ unter anderem dahin, daß einzelne der deutschen Länder in die Periode des direkten Abstimmens hinübergehen. Nur der preussische Staat habe nach dem letzten Verträge und seiner wirtschaftlichen Realität die zur Errichtung seiner eigenen, selbständigen, getrennten Finanzlage, auf dem wichtigsten Gebiete des verfassungsrechtlichen Schutzes herrsche heute ein unüberwindliches Hindernis. So wie die Dinge liegen, müßte die Errichtung der republikanischen Staatsform durch einen gefunden Ausweg der Reichseinheit mit einer ebenso gefunden, gerechten und klaren Dezentralisation der Reichsgewalt in Maßnahmen der deutschen Länder als die primäre Aufgabe angesehen werden.

Elbenburg, 12. November.

Der elbenburgische Landtag ist zur Regelung der Frage der Fortschreibung der auf die Beamtenbeförderungsgesetzgebung zu einer Verordnungsgebung geworden. Die Regierung hat beantragt, zur Deckung der Landesfinanzen um 11 Prozent zu erhöhen. Die Ausschüsse beraten seit vier Wochen, welcher Weg einschlagen ist. Der aus der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen bestehende Landesrat, der mit dem Zentrum die Regierung bildet, stand vor der Frage, die Wirtschaft erneut zu belasten, oder es zu einer Regierungsgestaltung kommen zu lassen. Er wählte den ersten Weg. Da aber das Land in erster Linie agrarisch eingestellt ist, forcierte er dafür, daß Gewerbe und Hausbesitzer mit einer entsprechenden Steuererhöhung belastet werden, die Landwirtschaft aber nur mit 5 Prozent Erhöhung. In der langen Debatte kam wieder die Frage des Einheitsstaates auf. Der frühere Ministerpräsident Langen legte in der Erinnerung am Freitag, über alle Gefühle hinweg mühen wir uns gemeinsam mit der Frage des Einheitsstaates befassen. Wir finden, daß hier etwas Großes im Werden ist. Wenn der Landtag keine Vereinfachung der Staatsverwaltung durchsetzen kann, wird der Reichstag Elbenburg an ein großes Staatswesen zu erwarten sein. Es muß in dieser Frage mit Rücksichtlosigkeit vorgegangen werden.

Schnelldienst

Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen beruhte heute die Gewerkschaften über die Ausarbeitung des Reichsmietengesetzes.

Die demsburger Bürgerlichkeit nahm gestern einen dringlichen Gesetzentwurf an, nach dem die Reichshandelskammer im demsburger Staatsgebiet die Anzahl weiterer 10 Millionen Markt bereitstellen werden.

In der schlesischen Kreisparlamentarischen Versammlung wurde der Staatsrat einstimmig das Verwehren und mußte nach dem Reichstagsausschuß gebracht werden.

Der Führer der tschechischen Sozialdemokraten, Giliwsky, erklärte, seine Partei werde nicht daran, sich an der gegenwärtigen Regierungsgestaltung zu beteiligen.

Der tschechische Gesandte in Wien hat mitgeteilt, daß die tschechische Regierung mit dem 1. Januar die tschechische Krone über Österreich auf der Basis der Gegenleistung aufheben werde.